

## Resolution

### "NPD-Verbot nicht kategorisch ablehnen"

Ein erneuter Anlauf eines NPD – Verbotsverfahren muss unbedingter Bestandteil der Diskussion zu Strategien gegen Rechts werden, das haben uns die Hetzjagden auf Ausländer in Mügeln/Sachsen, aber auch in westlichen Bundesländern in erschreckender Weise wieder vor Augen geführt, welche die NPD zumindest indirekt unterstützt haben und sei es lediglich durch ihre Verbindungen zu den berüchtigten „Freien Kameradschaften“. In regelmäßigen Abständen werden wir bundesweit, auch in Baden–Württemberg an die verfassungsfeindlichen Parolen der NPD in Form von Demonstrationen (in letzter Zeit bspw. Freudenstadt und Tübingen) erinnert. Wer „Juden Raus“ skandiert, T-Shirts mit dem Aufdruck „Anti-Zionist Action Group“ trägt, der stellt die grundlegenden Säulen unserer Verfassung nicht nur in Frage, der ist bereit, sie umzuwerfen. Das ist auch die Meinung renommierter Rechtswissenschaftler. So beispielsweise Jörn Ipsen, Rechtswissenschaftler der Universität Osnabrück und Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs in einem Interview mit der taz vom 8./9. September: „Der Grundsatz der wehrhaften Demokratie besagt: Solche [...] Parteien sollen nicht an der politischen Willensbildung teilhaben.“ Die NPD feiert mit hohlen Phrasen im Osten Wahlerfolge, zieht mit Hilfe von Protestwählern in die Landtage ein. Im Zusammenspiel mit politischen Offensiven, starker jugendpolitischer Arbeit und intelligenter und großflächiger Aufklärung, sollte ein NPD-Verbot als Option nicht kategorisch abgelehnt werden.

Auch wenn wir in einem erneuten Verbotsverfahren sehr sensibel vorgehen müssen, um die Fehler des letzten Versuchs nicht zu wiederholen, so bleibt ein NPD-Verbot die Lösung, um diesen menschenverachtenden Ideologien die rechtliche Grundlage zu entziehen. Der Deckmantel einer demokratischen Organisation, unter welchen sich die NPD im Zweifelsfalle zurückzieht, wäre dann nicht mehr existent. Ein befürchtete Abwanderung der NPD-Kader in den Untergrund oder gar ein möglicher Märtyrerstatus der Partei ist ein berechtigter Einwand, letztendlich muss jedoch beachtet werden, dass jede Folgeorganisation und jegliche ihrer Aktionen dann illegal und leichter zu verfolgen wären. Parteiverbote in der Vergangenheit (z.B. KPD oder SRP) zeugen eher davon, dass die betroffenen Parteien erheblich geschwächt aus diesem Prozess hervorgingen. Dass die NPD staatliche Parteifördermittel kassiert und mit dieser Geldquelle ihr Programm finanziert, ist ein Zustand, den es ernsthaft zu hinterfragen gilt.

Ein Verbot darf nicht einem Freischein gleichen, was die Strategien gegen Rechts angeht. Weiterhin müssen wir tief greifende politische Entscheidungen treffen, die dazu beitragen unsere Weltoffenheit zu demonstrieren und zu schützen. Doch wir dürfen es uns nicht leisten, einer Nachfolgepartei der NSDAP, welche die Verfassung benutzt, um Selbige zu zerstören, weiter gewähren zu lassen. Es geht hier nicht um einen ungläubwürdigen Populismus à la Beck, sondern um einen Teil eines Gesamtkonzeptes, dass unsere Partei bereits jahrelang erfolgreich trägt. Politische Offensive darf auch diese Mittel nicht außer Acht lassen.